

Süddeutsche
Zeitung 22/11/73

Demonstration gegen die Obristen

Griechischer Professor analysiert in Frankfurt die Strategie Athens

Von unserem Redaktionsmitglied Hanno Kühnert

Frankfurt, 21. November

Bei einer Protestdemonstration gegen das Verhalten der griechischen Regierung bei den jüngsten Athener Unruhen, die am Dienstagabend in Frankfurt stattfand, übte vor rund 6000 Demonstranten der in Gießen lehrende griechische Jurist Professor Konstantin Simitis heftige Kritik an den Zuständen in Griechenland. Die Obristen zeigten dort wieder offen ihre Gewalt Herrschaft. Die sogenannte Liberalisierung habe nur das eine Ziel gehabt, das Land dauerhaft durch das Militär kontrollieren zu lassen. Simitis bezeichnete Papadopoulos als Diktator und sagte, dieser habe nach wie vor alle Vollmachten. Die Verfassung sei selbst nach juristischen Normalregeln ein Monster, weil sie alle Macht dem Diktator gewähre. Sie sei nicht tragbar.

Die Interessen des Landes würden völlig der strategischen Lage untergeordnet, wie sie das Pentagon in Washington sehe. Das könnte in Frage gestellt werden, wenn man dem griechischen Volk erlaubte, selbst über sein Schicksal zu entscheiden. Damit dies nie geschehe, habe man die „Liberalisierung“ ersonnen. Alle demokratischen Parteien hätten ausnahmslos die Demonstration der griechischen Jugend begrüßt. Die Proteste seien nicht das Werk von Extremisten, sagte Simitis.

Es sei empörend, daß diese Interpretation der griechischen Regierung von Menschen in der Bundesrepublik akzeptiert werde. Simitis fragte, von wem und wann denn die „geschulten Kader“ geschult worden seien, von denen gewisse Kommentatoren sprächen. Die heute niedergeschossenen Studenten seien zum Zeitpunkt des Putsches im Jahr 1967 erst dreizehn und vierzehn Jahre alt gewesen. Außerdem seien es mitnichten nur Studenten gewesen, die gegen das Regime protestiert hätten. Es gäbe in Athen nicht 70 000 Studenten. Was in Griechenland geschehen sei, sei eine spontane Erhebung einer seit sechs Jahren entrechteten und gepeinigten Bevölkerung gewesen, erklärte der Professor.

Die Zahl der Toten und Verwundeten sei nicht gering, sondern unbekannt. Die Militärs lögen seit sechs Jahren, man solle ihnen kein einziges Wort abnehmen. Simitis fragte, wie es vorkommen könne, daß in einem Vorort von Athen ein kleines Kind getötet worden sei. Demonstrationen habe es angeblich nur im Zentrum gegeben.

Simitis sagte, die Bundesregierung gehöre wie Griechenland der NATO an. Das Bündnis sei angeblich gebildet worden, um Freiheit und Demokratie zu schützen. Die Bundesregierung dürfe es nicht zulassen, daß Panzer der NATO die griechische Bevölkerung niedermetzeln, daß ihre Vertreter zusammen mit denen berieten, die für die Mordfälle verantwortlich seien. Sie müsse energisch protestieren und die Aussetzung des Kriegsrechts fordern. Man müsse von ihr verlangen, daß sie Anfang Dezember bei der Tagung des NATO-Rates energisch für die Bereinigung der gesamten griechischen Situation eintrete.

Papandreou: Westeuropa für Repression mitverantwortlich

Rom (dpa)

Eine direkte Verantwortung an der gewaltsamen Repression der Revolte von Athen schreibt der Führer der griechischen Exilopposition, Andreas Papandreou, den westeuropäischen Regierungen zu. Auf einer Pressekonferenz in Rom forderte Papandreou Westeuropa auf, das wie er sagte, „faschistische Regime von Athen“ politisch und diplomatisch zu isolieren und sich für die Verletzten und Gefangenen einzusetzen. Er hob hervor, daß die Armee für ihren Einsatz gegen die Studenten und Arbeiter Waffen der NATO verwendete.